

## Argumente

### **Historisch einmaliges Bevölkerungswachstum belastet die Erde**

Seit 1900 hat sich die Weltbevölkerung von 1,6 Milliarden auf heute rund 7,2 Milliarden mehr als vervierfacht. Die ökologische Kapazität der Erde ist überlastet, natürliche Ressourcen werden knapp. Ein Kind, das heute geboren und 87-jährig wird, wird das Jahr 2100 erleben! Wie werden die Schweiz und die Welt dann aussehen? Niemand weiss es. Aus Sicht der Schweiz ist ein Bevölkerungswachstum auf 8,5 Millionen Menschen tragbarer als ein Wert von 10 oder 12 Millionen; aus Sicht der Lebensqualität und der Nachhaltigkeit ist eine Plafonierung anzustreben.

### **Ärmste Länder am stärksten belastet**

Gerade in Schwerpunktländern der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) wie Niger, Mali, Burkina Faso oder auch Afghanistan haben Frauen im Durchschnitt immer noch 5 bis 7 Kinder, das erste oft schon im frühen Teenage-Alter. Viele dieser Schwangerschaften sind ungewollt. Sie belasten die Gesundheit der Mütter, lassen sie eventuell die Ausbildung abbrechen und lähmen schlussendlich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder. Die Bevölkerungen verdoppeln sich innerhalb von 20 Jahren, Entwicklungsfortschritte werden dadurch ständig zunichte gemacht. Prozentual hat die Zahl der Hungernden zwar abgenommen, in absoluten Zahlen hungert fast eine Milliarde. Dies nicht nur, aber auch wegen dem hohen Bevölkerungswachstum.

Obwohl die Menschen in diesen armen Ländern auf einem sehr niedrigen ökologischen Fussabdruck leben, ist die Umwelt stark belastet. Es mangelt an Wasser, Brennholz, fruchtbarem Boden - also an den fundamentalsten Lebensgrundlagen. Dieser Mangel verstärkt sich mit steigender Bevölkerung dramatisch.

Ecopop möchte dem UNO-Menschenrecht auf Selbstbestimmung in Sachen Familienplanung mehr Nachdruck verleihen - denn Tatsache ist, viele Frauen wollen weniger Kinder als sie faktisch haben, besonders in Ländern, in denen sexuelle Aufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln praktisch inexistent sind.

### **Hohes Bevölkerungswachstum in der Schweiz**

Seit im Mai 2007 die Einwanderungsbeschränkung für EU-Bürger aufgehoben wurde, liegt das jährliche Bevölkerungswachstum in der Schweiz zwischen 1,1% und 1,4%. Rund 80% davon entfallen auf die Zuwanderung. Durchschnittlich wandern seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit per Saldo (Einwanderung abzüglich Auswanderung) 70'000-80000 Personen in die Schweiz: Damit wächst die Einwohnerzahl ca. fünfmal schneller, als diejenige der EU, die Zuwachsrate in der Schweiz erreicht in Spitzenjahren Werte wie im Schwellenland Indien.

### **80% des Siedlungsflächenwachstums aufgrund Bevölkerungswachstums**

Am Wachstum der Siedlungsfläche war das Bevölkerungswachstum von 1965 bis 1982 zu 18%, von 1982-1994 zu 72%, und von 1994-2006 zu 77% beteiligt. Seit

der vollen Personenfreizügigkeit im 2007 kennen wir keine aktuellere Arealstatistik, aber der Anteil dürfte deutlich über 80% liegen. Salopp gesagt haben unsere Eltern und Grosseltern sich grössere Wohnungen gebaut, heute bauen wir primär für die Zuwanderung.

### **80% des Mobilitätswachstums aufgrund Bevölkerungswachstum**

Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 ist der Mobilitätskonsum (Personenkilometer auf Schiene und Strasse) zu rund 80% durch das Bevölkerungswachstum und nur zu 20% durch den steigenden Pro-Kopf-Verbrauch bestimmt. Gemäss BfS (Bundesamt für Statistik) haben sich im Zeitraum 2007 bis 2011 die Personenkilometer auf Strasse, Schiene und Wasser von rund 113,2 Milliarden auf 121,8 Milliarden um 7,6% erhöht. In der gleichen Zeit hat sich die ständige Wohnbevölkerung um 5,9% erhöht. Damit sind rund 80% des gestiegenen Mobilitätskonsums seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit durch das Bevölkerungswachstum verursacht, und nur rund 20% der Verkehrszunahme wird durch den gestiegenen Pro-Kopf-Konsum verursacht.

### **Zubetonierung und Zersiedelung der Schweiz**

Damit entsteht jedes Jahr eine neue Stadt von der Grösse Luzerns. In 20 Jahren wären es somit mehr als 20 zusätzliche Luzern, also etwa alle 15 Kilometer vom Bodensee bis Genf. Zusammen mit der schon vorhandenen Besiedlung ergibt dies einen durchgehenden städtischen Korridor im Mittelland. Verdichtetes Bauen kann in begrenztem Ausmass entlasten, ist im Endeffekt jedoch lediglich Symptombekämpfung und erzeugt neue Probleme.

### **Überlastung von Natur und Infrastruktur in der Schweiz**

Stau auf den Strassen, überfüllte Züge, steigende Mieten, überbautes Kulturland, Artensterben: Der hohe Bevölkerungsdruck reduziert die Lebensqualität und drängt die Natur an den Rand.

### **Geforderte Einwanderungsgrenze ist EU-kompatibel**

Gemäss Eurostat beträgt 2010 und 2011 der durchschnittliche EU-Wanderungssaldo nur 0,18%. Die geforderte Grenze von 0,2% ist deshalb europakompatibel, die Schweiz hätte mehr Nettoeinwanderung als der Durchschnitt der EU-Länder.

---

## Gegenargumente zur Initiative

### **«Die Initiative zerstört die bilateralen Beziehungen mit Europa und isoliert die Schweiz.»**

Die Schweiz ist Vertragspartnerin zahlreicher internationaler Abkommen. Besonders

relevant ist die Mitgliedschaft der Schweiz in der WTO (World Trade Organization), welche gemäss SECO die Grundlage der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik darstellt. Sogar die Freihandelsabkommen der Schweiz, wovon zurzeit 25 Stück mit 34 Partnern ausserhalb der Europäischen Union abgeschlossen wurden, sind an die WTO-Abkommen gebunden. Als übergreifendes Vertragswerk mit der grundlegenden Meistbegünstigungsklausel gelten die WTO Regeln auch im Verhältnis Schweiz – EU; damit würden auch bei einer kompletten Auflösung aller bilateralen Abkommen Schweiz – EU weiterhin der gegenseitige Marktzugang mit nichtdiskriminierenden fiskalischen Bestimmungen gelten, eine wirtschaftliche Isolierung auch bei einem kompletten Wegfall sämtlicher Verträge mit der EU ist somit ausgeschlossen. Nun hat die Schweiz folgende vier bilaterale Vertragswerke mit der EU abgeschlossen:

- das Freihandelsabkommen (FHA) von 1972
- das Versicherungsabkommen von 1989
- die bilateralen Abkommen I von 1999; hierzu gehören folgende sieben Teilabkommen (Dossiers):
  - Freizügigkeitsabkommen (FZA)
  - Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen
  - Abkommen über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens
  - Abkommen über den Landverkehr
  - Abkommen über den Luftverkehr
  - Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen
  - Rahmenabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (Forschungsabkommen)
- die bilateralen Abkommen II von 2004

Die Personenfreizügigkeit oder das sogenannte Freizügigkeitsabkommen (FZA) ist eines der sieben Dossiers der Bilateralen I von 1999. Die Dossiers der Bilateralen I sind über eine Guillotineklausel verknüpft, wonach die Kündigung eines einzelnen Dossiers zur Kündigung des bilateralen Abkommens I führen würde.

Anpassungsmöglichkeiten der FZA sind aber vorgesehen:

Artikel 18 des FZA sieht explizit eine Revision des FZA auf Antrag eines Vertragsstaates vor. Damit kann die Schweiz jederzeit entsprechende Änderungswünsche einbringen ohne die Bilateralen I als Ganzes in Frage stellen zu müssen.

Die sieben Dossiers der Bilateralen I sind überwiegend im Interesse der EU. Namentlich das Landverkehrsabkommen gibt den schweren LKW aus der EU den freien Zugang zu den schweizerischen Transitachsen. Falls im FZA-Dossier keine Einigung erzielt werden könnte und die ganzen Bilateralen I zur Diskussion stünden, wäre der Schaden für die EU wesentlich grösser. Aus Eigeninteresse dürfte die EU einer Anpassung deshalb offen gegenüber stehen.

Selbst bei einer Kündigung der gesamten Bilateralen I wären die anderen drei bilateralen Abkommen nicht betroffen und würden weiterhin gelten.

Als Nachtrag zur wirtschaftlichen Bedeutung des Aussenhandels mit der EU-27 ist anzumerken, dass die EU den Aussenhandel der Schweiz zwar noch dominiert, aber interessanterweise ist der Exportanteil der Schweiz in die EU von 62,8% (2005) auf 58,6% im Jahre 2010 ausgerechnet in einer Zeit gesunken, als die Personenfreizügigkeit voll eingeführt wurde. Ausserdem hat sich die Handelsbilanz der Schweiz mit den 27 EU-Staaten, seit die Bilateralen I in Kraft sind, um jährlich 5,562 Milliarden Franken verschlechtert: In den Jahren 1993 bis 2001 betrug das durchschnittliche jährliche Handelsbilanzdefizit mit der EU 16,8 Milliarden Franken. In den Jahren 2002 bis 2010 wuchs dieses jährliche Defizit auf 22,3 Milliarden Franken. Eine Erschwerung des Aussenhandels mit der EU würde entsprechend der EU viel mehr schaden als der Schweiz. Zudem ist auch wegen des in den nächsten Jahren zu erwartenden schwachen EU-Wirtschaftswachstums für die CH-Exportwirtschaft essentiell wichtig, dass Schweizer Unternehmen ihre Zielmärkte noch mehr global diversifizieren.

***Zusammenfassung:** Eine Kündigung der Bilateralen I zwecks Anpassung der FZA ist nicht nötig, vielmehr sind mehrere Anpassungsmöglichkeiten bereits in den Bilateralen I vorgesehen: die Schweiz muss sie nur nutzen und vor allem die unbeschränkte Personenfreizügigkeit neu aushandeln. Sollte wider Erwarten die EU die Bilateralen I künden, so würde das der Schweiz aber weder einen erheblichen Schaden zufügen noch eine wirtschaftliche Isolation bewirken.*

---

### **«Die Schweiz braucht die vielen Fachkräfte – eine Begrenzung der Zuwanderung gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz.»**

Die SECO-Daten und die Daten des Bundesamt für Statistik zeigen, dass pro Kopf der ständigen Wohnbevölkerung das reale Bruttoinlandprodukt zwischen 1950 bis 2006 um 1,76% pro Jahr wuchs, zwischen 1990 und 2006 immerhin noch 0,58%, und 0,85% von 2000 bis 2006. Seit der vollen Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 hat das BIP pro Kopf und ergo der CH-Durchschnittswohlstand bis Ende 2012 nicht mehr zugenommen. Selbst wenn man das Jahr 2008 ausrechnet, verbleibt nur noch ein moderates BIP pro Kopf. Eine Studie der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH vom November 2012 stellt zudem keine direkte positive Korrelation zwischen Personenfreizügigkeit und BIP-Wachstum pro Kopf fest.

Aufgrund der hohen Auswanderung von rund 80'000 Menschen pro Jahr könnten nach Annahme der Initiative ca. 90'000 Menschen pro Jahr neu einwandern. Damit könnten nicht nur die benötigten **Fachkräfte** weiterhin kommen, sondern es bliebe genügend Raum für soziale und humanitäre Anliegen.

Insgesamt bezogen im Jahr 2013 155'000 Personen den Wohnsitz in der Schweiz. Gemäss Statistik 2013 des BfM (Bundesamt für Migration, Blätter 6.45, 6.46, 6.53), worin die von den neu Zugewanderten effektiv ausgeübten Berufstätigkeiten erfasst sind, entfielen:

- 31.2% oder 48'500 auf Familiennachzug ohne Berufstätigkeit
- 10,1% oder 15'600 auf Ausbildung
- 7,2% oder 11'200 auf „nicht bestimmbare Berufe“
- 8,2% oder 12'700 auf das Bauhandwerk (ohne Architekten, Ingenieure, Techniker oder Zeichner)
- 4,5% oder 6'900 auf das Gastgewerbe, zumeist Küche und Service
- 4,8% oder 7'420 auf Direktoren oder Kader im öffentlichen oder privaten Sektor
- 3,5% oder 5'400 auf medizinische Berufe, davon 1'800 Pflegefachpersonen
- 3,5% oder 5'500 auf Architekten, Ingenieure, Informatiker, Zeichner und Techniker

Es zeigt sich deshalb folgendes Bild:

- Knapp die Hälfte der Zugewanderten übt keine Berufstätigkeit im Sinne der Statistik aus.
- Nur 3,5% übt einen medizinischen Beruf aus, davon ein grosser Teil in der Pflege.
- Lediglich ca. 11-15% oder 18'000 - 24'000 Personen erbrachten eine überdurchschnittliche Wertschöpfung (Leitendes Personal, Finanzfachleute, Ärzte, Ingenieure, usw.) oder arbeiten in einer Funktion, wo Engpässe bestehen (z.B. Pflegefachpersonal).

**Zusammenfassung:** *Alle benötigten Fachpersonen inklusive Pflegepersonal können weiterhin in die Schweiz kommen, und es hat immer noch viel Platz für soziale Anliegen wie Familiennachzug und Ausbildung, sowie humanitäre Bedürfnisse wie die Aufnahme von Verfolgten, auch wenn die Zuwanderung auf 0.2% pro Jahr limitiert wird, weil dank der Auswanderung immer noch 100'000 Menschen einwandern dürfen.*

---

### **«Wir brauchen die hohe Zuwanderung zur Sicherung der AHV.»**

Bekanntlich basieren die AHV und IV auf dem Umlageverfahren, so dass eine Gegenüberstellung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben auf den ersten Blick angemessen erscheint. Entsprechend berichtet das Bundesamt für Sozialversicherungen kurzfristig, dass EU-Einwanderer 2009 total 21% der AHV-Beiträge zahlten, aber nur 15% der Leistungen bezogen und somit ein Gewinn für die Sozialwerke seien. Jeder, der sich mit Lebensversicherung beschäftigt, weiss aber, dass nicht nur die Prämien der Neuzuzüger betrachtet werden dürfen, sondern auch deren Leistungsanspruch in der Zukunft. Die AHV und IV sind Sozialwerke, welche zwar mehrheitlich von Lohnabzügen bestritten werden, aber auch von allgemeinen Mitteln der SNB, der Mehrwertsteuer und der allgemeinen Bundessteuern alimentiert werden. Dies führt dazu, dass in einer Zeitwertbetrachtung über dreiviertel der Bevölkerung über das gesamte Leben betrachtet mehr Leistungen beziehen als Beiträge bezahlen: durchschnittlich vergrössert jeder Zuzüger also das Defizit der

Sozialwerke über seine volle Lebenszeit betrachtet. Da die Zugewanderten im Durchschnitt tiefere Löhne aufweisen, ist der Nettoverlust pro zusätzlich versicherte Person sogar noch grösser als pro Kopf der bereits in der Schweiz ansässigen Bevölkerung.

Pointiert formuliert, praktizieren wir ein Schneeballsystem à la Bernard Madoff, dem amerikanischen Milliardenbetrüger: mit Geld von heute die Schulden von gestern bezahlen unter Verdrängung der damit eingegangenen Verpflichtungen von morgen. Dieses System funktioniert vorübergehend bei Bevölkerungswachstum, ist somit nicht nachhaltig, und führt über kurz oder lang zu schwerwiegenden Problemen. Entscheidend ist die Anzahl Nichterwerbstätiger (Kinder und Pensionierte) an der Gesamtbevölkerung.

**Zusammenfassung:** Die Herausforderungen der Sozialwerke können durch stark wachsende Migration zwar aufgeschoben, nicht aber gelöst werden. Im Gegenteil erhöht die grössere Personenzahl langfristig das Defizit und erschwert eine Lösung in der Zukunft.

---

**«Dank Zuwanderung geht es der Schweiz wirtschaftlich gut. Oder: Falls die Zuwanderung beschränkt würde, ginge es der Schweizer Wirtschaft schlecht.»**

Die von Bundesämtern und Wirtschaftsverbänden verwendete zentrale Kenngrösse für den Zustand der Wirtschaft ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) respektive dessen Änderung. Das BIP misst den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen), die innerhalb eines Jahres in der Schweiz hergestellt wurden und dem Endverbrauch oder Export dienen.

Kurzfristig lässt fast jede neu zugezogene Person dieses Mass steigen; für berufstätige Einwanderer mag das noch klar sein, aber sogar mittellose Personen oder Flüchtlinge führen zu einer Steigerung, da mittels staatlicher Sozialhilfegelder der Konsum von inländischen Gütern und Dienstleistungen erhöht wird. In dieser einseitigen BIP-Betrachtung wäre auch die Ansiedlung von Millionen Chinesen, welche für einen Monatslohn von 200 Franken arbeiten, ein wirtschaftlicher Gewinn. Eine reine BIP-Betrachtung weist deshalb fundamentale Schwächen auf:

- Die Menschen interessiert nicht eine abstrakte Brutto-Grösse über alle Bewohner des Landes, sondern die eigene Lebensqualität. Ein Faktor der Lebensqualität ist das eigene Einkommen. Statt der Änderung des BIP interessiert deshalb viel mehr die Änderung des BIP pro Kopf: Sind die einzelnen Bewohner der Schweiz reicher oder ärmer geworden?
- Das BIP muss real – also ohne Inflation – betrachtet werden. Leider unterscheiden viele Medienmeldungen reale und nominale Zahlen nicht, was zu falschen Vergleichen führen kann.
- Letztlich hängt die Lebensqualität aber nicht nur vom Geld ab, sondern von zahlreichen qualitativen Faktoren: persönliche Gesundheit, Bildung und Kultur,

Qualität der Umwelt (Luft, Wasser, Licht, Natur, Lärm, usw.), und nicht zuletzt dem Dichtestress.

Die SECO-Daten und die Daten vom Bundesamt für Statistik zeigen, dass pro Kopf der ständigen Wohnbevölkerung das reale Bruttoinlandprodukt zwischen 1950 bis 2006 um 1,76% pro Jahr wuchs, zwischen 1990 und 2006 immerhin noch 0,58%, und 0,85% von 2000 bis 2006. Seit der vollen Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 hat sich das BIP pro Kopf bis 2010 hingegen um minus 0,28% (!) pro Jahr verändert. Selbst in Ausklammerung des Krisenjahrs 2008 resultiert nur noch ein bescheidenes Wachstum. Dazu muss gesagt werden, dass die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH in ihrem Bericht vom November 2012 keine direkte positive Korrelation zwischen Personenfreizügigkeit und BIP pro Kopf feststellt.

Interessant ist, dass Politiker und Wirtschaftskreise die pro-Kopf-Verarmung seit Einführung der vollen PFZ im Jahr 2007 nie erwähnen. Stattdessen wird das reale BIP der Gesamtbevölkerung erwähnt, welches im Zeitraum 2007 – 2010 jährlich um 0.62% stieg. Dies wirft die Frage auf, aufgrund welcher Kriterien der Bundesrat und die Politik die Wohlfahrt der Bewohner der Schweiz steuern. Es macht den Eindruck, dass der Wohlstand der einzelnen Menschen in der Schweiz unwichtig ist, und nur die gesamtwirtschaftliche Leistung zählt.

**Zusammenfassung:** *Aufgrund der statistischen Daten lässt eine ungezügelte Zuwanderung die Bewohner der Schweiz erwiesenermassen verarmen; von 2007 bis 2010 ist das reale BIP pro Kopf um 0.28% pro Jahr gesunken. Eine massvoll eingeschränkte Zuwanderung, welche vornehmlich Personen mit erhöhter Wertschöpfung berücksichtigt, ergänzt um kulturelle, soziale und humanitäre Anliegen, würde hingegen die Prosperität und Lebensqualität aller Bewohner der Schweiz fördern und wäre auch langfristig nachhaltig.*

---

#### **«Die Auslandschweizer können nicht mehr zurückkehren.»**

Grundsätzlich haben alle Schweizer und Schweizerinnen bedingungsloses Anrecht auf Wohnsitz in der Schweiz; dies würde sich selbstverständlich auch bei Annahme dieser Initiative nicht ändern. Andererseits verlangt die Initiative, dass im dreijährigen Durchschnitt nicht mehr als 0,2% Nettozuwanderung erfolgen darf, dies gilt also für alle Menschen unabhängig von der Nationalität. Diese zwei Aussagen passen aus folgenden Gründen problemlos zusammen:

- Durchschnittlich ist der Wanderungssaldo von Personen mit Schweizer Pass deutlich negativ, das heisst es wandern pro Jahr etwa 30'000 Personen aus und 25'000 kehren zurück.
- Insgesamt gibt es knapp 700'000 Auslandschweizer. Aufgrund der jährlichen grossen Auswanderung von 80'000 Personen würde erst ab rund 100'000 Personen oder knapp 15% aller Auslandschweizer die Limite von 0,2%

überschritten. Eine derart hohe Nettorückwanderung von 100'000 Auslandschweizer hat es in den letzten 70 Jahren nicht gegeben.

Sollte eine globale Krise oder ein Weltkrieg zu einer riesigen Rückwanderung führen, so würde der Bundesrat das Notrecht gemäss Artikel 185 der Bundesverfassung anwenden und damit die in normalen Zeiten geltenden Ein- und Auswanderungsregelungen übersteuern. Ein solches Eingreifen wäre in solchen Zeiten sowieso nötig, da Fragen von Aufenthaltsrecht, Militärpflicht und Ernährungssicherheit nicht nur die Schweiz sondern viele andere Länder und Personen betreffen würde. Es ist keine Frage, dass Schweizer Bürger und Bürgerinnen gerade in solchen Notzeiten darauf zählen können, in der Schweiz willkommen zu sein.

***Zusammenfassung:** Auslandschweizer und –schweizerinnen können auch nach Annahme der Initiative jederzeit in die Schweiz zurückkehren. Nach Annahme der Initiative würde aufgrund der weniger schnell wachsenden Bevölkerung die Schweiz eine höhere Lebensqualität bewahren, was auch den Auslandschweizern und ihren Kindern eines Tages zu Gute kommen kann.*

---

**«Die Zubetonierung der Schweiz ist nicht durch das Bevölkerungswachstum verursacht, sondern weil pro Kopf die Wohnfläche stark steigt. Durch verdichtetes Bauen wird dieses Problem gelöst, eine Zuwanderungsbeschränkung ist nicht nötig.»**

In politischen Diskussionen wird häufig auf die Zunahme der Wohnfläche pro Kopf als Hauptursache der Zubetonierung der Schweiz hingewiesen. Massgebend für den Flächenverbrauch ist natürlich die Siedlungsfläche und nicht die Wohnfläche. Die Menschen leben nicht einfach in einer Wohnung im 20. Stock ohne sich zu rühren, sondern haben ein Auto, müssen Einkaufen, Arbeiten, wollen Freizeit geniessen usw. Die benötigten Flächen für Strassen, Schienen, Einkaufszentren, Büros und Fabriken, Sport und Freizeit sind sehr gross. Während wir in der Schweiz pro Kopf rund 45 m<sup>2</sup> Wohnfläche besetzen, brauchen wir knapp 400 m<sup>2</sup> Siedlungsfläche pro Kopf. Diese 400 m<sup>2</sup> Siedlungsfläche ist es, was die Schweiz zubetoniert. Dies erklärt auch, weshalb verdichtetes Wohnen raumplanerisch zwar wünschbar ist, aber das grundlegende Problem nicht lösen kann.

Nun stellt sich die Frage, wie sich die Gesamtsiedlungsfläche entwickelt. Die Arealstatistik des Bundes zusammen mit der Statistik der ständigen Wohnbevölkerung ergibt folgendes Bild: Am Wachstum der Siedlungsfläche war das Bevölkerungswachstum von 1965-1982 zu 18%, von 1982-1994 zu 72%, und von 1994-2006 zu 77% beteiligt. Seit der vollen Personenfreizügigkeit im 2007 kennen wir keine aktuellere Arealstatistik, aber der Anteil dürfte deutlich über 80% liegen. Salopp gesagt haben unsere Eltern und Grosseltern sich grössere Wohnungen gebaut, heute bauen wir primär für die Zuwanderung.

Wer trotz dieser Sachlage am Argument festhalten möchte, dass der Wohnflächenkonsum pro Kopf der bereits hier Lebenden eine besondere Schuld für die Zersiedelung trifft, sollte die [ZKB-Studie zur Immigration](#) lesen. Auf Seite 98f wird dargestellt, dass die neue Zuwanderung aufgrund der PFZ die Haushaltgrösse von früher 2,9 Personen auf 2,2 Personen senkte und damit die Wohnflächen pro Kopf am Beispiel des Kanton Zürich mit rund 66 m<sup>2</sup> der Zugezogenen aus den neuen Herkunftsländer deutlich über dem kantonalen und schweizerischen Mittel liegt.

**Zusammenfassung:** *Gemäss Arealstatistik des Bundes dominiert seit über 10 Jahren das hohe Bevölkerungswachstum zu rund 80% das Siedlungsflächenwachstum. Die Pro-Kopf-Zunahme des Flächenverbrauchs trägt nur rund 20% zum Landverschleiss bei.*

---

**«Für die globale Ökologie spielt es keine Rolle, ob ein Mensch in der Schweiz lebt oder woanders.»**

Da Menschen auch ausserhalb der Schweiz essen und konsumieren, gibt es Stimmen, die meinen, es spiele für die globale ökologische Belastung keine Rolle, ob jemand in der Schweiz oder sonst wo lebt. Aus diesem Grund wäre Migration ökologisch neutral. Nun kommen die meisten Zuwanderer wegen der Aussicht auf einen höheren Lohn in die Schweiz. Zum Beispiel ist gemäss Bundesamt für Statistik der durchschnittliche, kaufkraftbereinigte Lohn in Portugal rund halb so gross wie in der Schweiz, in vielen afrikanischen Ländern kann sogar von einer tieferen Kaufkraft um einen Faktor 10 oder mehr ausgegangen werden. Mit der Migration in die Schweiz erhöht sich deshalb im Allgemeinen die reale Kaufkraft der Betroffenen stark, was sich in einem höheren Konsum und einer entsprechend höheren ökologischen Belastung äussert. Dazu kommt, dass die Zugewanderten zuhause Strassen, Häuser, usw. zurücklassen, welche in der Schweiz ein zweites Mal neu aufgebaut werden müssen.

**Zusammenfassung:** *Neu Zugewanderte erhöhen den globalen ökologischen Fussabdruck zweifach: einerseits, weil diese Menschen eine höhere Kaufkraft erlangen, und andererseits weil die Infrastruktur für diese Menschen in der Schweiz ein zweites Mal gebaut werden muss.*

---

**«Die Verstopfung der Strassen und die überfüllten Züge sind keine Folge des Bevölkerungswachstums, sondern eine Folge des gestiegenen Mobilitätskonsums pro Kopf.»**

Gemäss BfS (Bundesamt für Statistik) haben sich im Zeitraum 2007 bis 2011 die Personenkilometer auf Strasse, Schiene und Wasser von rund 113,2 Milliarden auf 121,8 Milliarden um 7,6% erhöht. In der gleichen Zeit hat sich die ständige Wohnbevölkerung um 5,9% erhöht. Damit sind rund 80% des gestiegenen

Mobilitätskonsums seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit durch das Bevölkerungswachstum verursacht, und nur rund 20% der Verkehrszunahme ist durch den gestiegenen Pro-Kopf-Konsum bedingt.

**Zusammenfassung:** Gemäss BfS wurden mit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit von 2007 bis 2011 die gestiegenen Personenkilometer auf Strasse und Schiene zu rund 80% durch das Bevölkerungswachstum verursacht und nur zu 20% aufgrund des gestiegenen Pro-Kopf-Wachstums.

---

### **«Freiwillige Familienplanung zu verlangen ist Neokolonialismus»**

Tatsächlich ist es nicht ECOPOP, welche freiwillige Familienplanung verlangt, sondern die Weltgemeinschaft formulierte anlässlich der UN-Konferenz von 1968 in Teheran die freiwillige Familienplanung als grundlegendes Menschenrecht. Der Originaltext auf Englisch lautet, „... couples have a basic human right to decide freely and responsibly on the number and spacing of their children...“. (Auf Deutsch: Paare haben das grundlegende Menschenrecht, frei und selbstverantwortlich über Zahl und zeitlichen Abstand ihrer Kinder zu entscheiden.)

Die Weltgemeinschaft, und darunter insbesondere die ärmsten Länder, waren und sind sich der Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung voll bewusst. Der originale Text, aus dem der obige Satz zitiert wurde, steht auf Seite 15 des UN-Dokumentes A/CONF.32/41, mit dem Titel „Final Act of the Conference on Human Rights“ und lautet:

*«In the belief that it is timely to draw attention to the connection between population growth and human rights, the International Conference does the following: (1.) observes that the present rapid rate of population growth in some areas of the world hampers the struggle against hunger and poverty and reduces the possibility of rapidly achieving adequate standards of living; (2.) recognizes that moderation of the present rate of population growth would enhance the conditions for offering greater opportunities for the enjoyment of human rights and the improvement of living conditions for each person; (3.) considers that couples have a basic human right to decide freely and responsibly on the number and spacing of their children and a right to adequate education and information in this respect; and (4.) urges Member States and UN bodies and specialized agencies concerned to give close attention to the implications for the exercise of human rights of the present rapid rate of increase in world population.»*

Diesem über 40 Jahre alten Text ist nichts hinzuzufügen. Es bleibt höchstens beschämend anzumerken, dass wir in der Entwicklungszusammenarbeit dieses Menschenrecht auch heute noch vernachlässigen, indem wir Aufklärung sowie dazu benötigte Mittel bewusst vorenthalten. Wie unsere Mütter und Grossmütter die Verhütungsmittel vor 50 Jahren als eine grosse Erlösung willkommen hiessen, sowenig sollten wir diese grosse Erleichterung den ärmsten Frauen dieser Welt

vorenthalten. Zweifellos liesse sich damit viel persönliches Elend vermeiden, und langfristig tun wir der Erde und uns allen einen grossen Gefallen.

Noch einige statistische Zahlen: Die UNO schätzt dass rund 220 Millionen Frauen weltweit nicht verhüten können. Weiter wird geschätzt, dass es pro Jahr ca. 80 Millionen ungewollten Schwangerschaften gibt. Dies ist mehr als die gut 70 Millionen Menschen aus dem globalen jährlichen Geburtenüberschuss!

***Zusammenfassung:** Freiwillige Familienplanung ist seit der UNO-Deklaration von 1968 ein grundlegendes Menschenrecht. Weil Familienplanung in Entwicklungsländern das wirksamste Mittel für die Sicherung der Gesundheit von Frauen und Kindern ist, fördern wir den freien Zugang zu Aufklärung und Verhütungsmitteln. Wenn die Geburtenraten und der Bevölkerungsdruck sinken, geht es allen besser: den Müttern, den Kindern, und auch den Männern. Jeder Franken für die Familienplanung vervielfacht seine Wirkung, lindert die Armut und fördert so einen nachhaltigen Wohlstand.*

---

#### **«Die Initiative richtet sich gegen Ausländer.»**

Es dürfte kein Zufall sein, dass Freunde, Ehepartner und Arbeitskollegen der Initianten, welche keinen Schweizer Pass haben, aber schon länger in der Schweiz leben, uns spontan zur Initiative gratulierten. Wir alle, egal ob frisch zugezogen oder schon seit Generationen hier, sind besorgt über die spürbare Abnahme der Lebensqualität, ausgedrückt in Überbauung und Verlust von Naherholungsräumen, Lärm, überfüllten Strassen und Zügen.

Das Ziel der Initiative ist – soweit es die Schweiz betrifft – die nachhaltige Sicherung der Lebensqualität für alle Bewohner der Schweiz, unabhängig ihrer Nationalität. Es ist also nicht eine Initiative gegen Ausländer, sondern eine Initiative für alle Bewohner, und das sind zu über einem Drittel Menschen welche erst in den letzten 30 Jahren in die Schweiz gekommen sind. Auch richtet sich eine Einschränkung der Einwanderung nicht gegen bereits in die Schweiz eingewanderte Ausländer, denn die Einschränkung gilt nur für zukünftige (potenzielle) Zuzüger, welche gar noch nicht in der Schweiz leben und gar nicht wissen, ob sie dies je tun werden. Kein Zugezogener müsste die Schweiz verlassen.

Dass es keine Frage von Schweizer versus Ausländer ist, kann auch direkt aus der Formulierung abgelesen werden. Die Beschränkung auf 0,2% Nettozuwanderung würde erlauben, Millionen von Ausländern in die Schweiz zuziehen zu lassen, falls ähnlich viele Menschen die Schweiz verlassen. Die Nationalität spielt bei der Zuwanderungsbilanz keine Rolle.

Das zweite Ziel der Initiative – die freiwillige Familienplanung – kann ebenfalls nicht als ausländerfeindlich gelten. Vielmehr geht es um die Verbesserung der Lebensumstände gerade in den ärmeren und ärmsten Ländern, in denen das hohe

Bevölkerungswachstum eine wichtige Ursache von Armut, Gesundheitsproblemen, Jugendarbeitslosigkeit, und politischer Instabilität ist.

**Zusammenfassung:** *Die Beschränkung der Nettozuwanderung bewahrt die Lebensqualität für alle Menschen in der Schweiz, unabhängig von Nationalität oder Rasse. Wenn viele Einwohner, ob mit oder ohne Schweizer Pass, auswandern, können auch entsprechend viele Menschen neu einwandern.*

---

**«Es hat noch viel Platz auf der Erde, es braucht keine Familienplanung.»**

Je nach Modellrechnungen und Annahmen schliessen optimistische Studien, dass die Ressourcen auf der Erde auch für 10, 12 oder gar 15 Milliarden Menschen reichen. Im Folgenden sollen diese Zahlen aus verschiedener Sicht hinterfragt werden. Um den Überblick nicht in technischen Details zu verlieren, oder eine falsche Illusion von Genauigkeit zu geben, werden Zahlen bewusst nur approximativ angegeben.

Gemäss dem Global Footprint Network ([www.footprintnetwork.org](http://www.footprintnetwork.org)) brauchen die 7 Milliarden Menschen heute rund 1,5 Erden gemessen am Ressourcenkonsum. Oder anders ausgedrückt, die Erde braucht 1,5 Jahre um zu regenerieren, was die Menschen in einem Jahr konsumieren und an Abfällen produzieren. Daraus abgeleitet kann, wenn der Konsum konstant bliebe, die Erde statt den effektiv 7 Milliarden Menschen nur etwa 4,7 Milliarden Menschen langfristig ertragen. Dabei gibt es aber zwei gegensätzliche Trends: einerseits nimmt der Konsum pro Kopf stark zu, weil Schwellenländer und Entwicklungsländer zu recht nachholen wollen. Andererseits wird die technische Effizienz im Laufe der Zeit besser. Während das letztere schwer abschätzbar ist, kann die erwartete pro-Kopf-Konsumhöhe insofern angegeben werden, als Bewohner von „reichen“ Ländern einen monetär 10 bis 20 Mal höheren Konsum haben. So hatte China 2010 ein Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf von rund 4'000 USD, Indien von rund 1'100 USD, und Afrika ein noch tieferes. Die USA hingegen lag bei 46'500 USD, die Schweiz bei rund 68'000 USD. Alleine in China, Indien und Afrika leben über die Hälfte der Weltbevölkerung, so dass sich weltweit der Konsum vermutlich etwa verzehnfachen würde, falls die ärmeren Länder auf ein ähnliches Niveau gelangen würden wie heute in den reichen Ländern. Das gäbe bei den heutigen 7 Milliarden Menschen also einen ökologischen Fussabdruck, der das 15-fache der langfristigen Kapazität der Erde beträgt.

Würde die Weltbevölkerung konstant bleiben, wäre also die erste Frage: können wir die technische Effizienz um mindestens einen Faktor 15 steigern? Die zweite Frage lautet: um wie viel müsste die technische Effizienz zunehmen, wenn die Weltbevölkerung weiter wächst?

Beantworten wir zuerst die zweite Frage. Würde die Weltbevölkerung von heute 7 auf 10 Milliarden um gut 40% zunehmen, so würde auch der Konsum entsprechend wachsen, was den benötigten Effizienzgewinn auf das über 21-fache steigen liesse.

Bei 12 Milliarden Menschen müsste die Effizienz um knapp das 26-fache zunehmen, bei 15 Milliarden um rund das 32-fache.

Kehren wir zur ersten Frage zurück und überlegen, wie realistisch eine so hohe Effizienzsteigerung ist. Die wichtigsten Alltagsgüter, welche je nach Reichtum eines Landes zwischen der Hälfte und über 90% des Konsums ausmachen, betreffen Nahrung, Kleidung, Wohnen, Transport, und Gesundheit. Erörtern wir den fundamentalen Bereich Nahrung am Schluss und beginnen mit der Kleidung.

- **Kleidung**  
Die Herstellung der Kleider, angefangen von den Rohstoffen bis hin zur Spinnerei, Weberei und Konfektionierung geschieht schon heute hocheffizient. Die Haltbarkeit der Kleider kann in beschränktem Mass erhöht werden, ist aber aufgrund der biologischen Struktur nicht beliebig steigerbar. Vielleicht kann ein Effizienzgewinn von 3-5 herausgeholt werden, indem Kleider wieder deutlich länger getragen und nötigenfalls geflickt werden?
- **Wohnen**  
Heute besetzt eine Person in der reichen Schweiz rund 50 m<sup>2</sup> Wohnfläche pro Kopf. Wenn dieser Wert auf 25 m<sup>2</sup> halbiert würde, wäre es schon recht eng. Würde ein Effizienzfaktor von 4 angenommen, dürfte pro Kopf noch 12 m<sup>2</sup> beansprucht werden. Bei einem avisierten Effizienzgewinn von 20 oder mehr dürften noch 2 bis 2.5 m<sup>2</sup> beansprucht werden. Auch wortstarke Vertreter einer grossen Effizienzsteigerung werden kaum eine solche Verdichtung anstreben wollen.
- **Transport**  
Auf 100 Kilometer Fahrt benötigt gegenwärtig eine Person im Personenwagen etwa 5 bis 8 Liter Benzin. Im Zug liegt dieser Wert – von Elektrizität auf Benzin umgerechnet – zwischen 2 und 4 Liter. Bei einem weitgehenden Umstieg von PW auf Bahn liegt also ein Effizienzgewinn von Faktor 2 bis 4 drin (Quelle: FAZ).
- **Gesundheit**  
Angesichts überfüllter Spitäler und Pflegeheime mit überarbeitetem Personal wird kaum jemand ernsthaft an die Möglichkeit einer substantiellen Effizienzsteigerung glauben.  
Diese Ausführungen lassen den Schluss zu, dass wir schon mit der heutigen Bevölkerungszahl nicht in der Lage sind, den Anspruch auf einen Lebensstandard wie heute in den reichen Ländern, auch der zweiten und dritten Welt zu ermöglichen, und dies auch dann nicht, wenn die Effizienz weiter steigen sollte. Eine weitere Zunahme der Menschenzahl wird die Knappheit pro Kopf noch verstärken. Jeder, der sich für ein menschenwürdiges Leben mit angemessenem Lebensstandard in der zweiten und dritten Welt einsetzt, sollte deshalb bestrebt sein, das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.

- Nahrung

Bleibt zum Schluss noch das Thema Nahrung. Dieses hat insofern eine spezielle Bedeutung, als dass Menschen nur wenige Tage oder Wochen ohne Trinken und Essen aushalten. Entsprechend würden bei Mangel sehr schnell Konflikte und Kriege ausbrechen. Zuerst eine gute Nachricht: Wie in einer ausführlichen Studie aus dem Jahr 2009 mit dem Titel „Eating the Planet: Feeding and fuelling the world sustainably, fairly and humanely– a scoping study“ dargelegt wird, könnten mit einer im Wesentlichen biologisch geführten Landwirtschaft bis 2050 die erwarteten 9,2 Milliarden Menschen vermutlich ernährt werden (Quelle: CIWF).

Diese Studie ist reich unterlegt mit Daten, methodisch sauber und breit abgestützt, und zieht einen positiven Schluss. Angesichts von über die nächsten 50 Jahren linear fortgeführten Ertragssteigerungen, den Erklärungen über die erwarteten Entwicklungen, oder die Ausführungen zu den noch nicht voll erschlossenen Nutzenpotentiale, beschleicht einem dabei aber ein ungutes Gefühl:

Die auf FAO-Zahlen gestützten Ertragssteigerungsprognosen, welche den Verlauf zwischen 1961 und 2000 auf die folgenden 50 Jahre linear fortsetzen, sind beeindruckend optimistisch. Unter Agronomen ist klar, dass die Ertragssteigerungspotentiale in der ersten Welt bereits weitgehend ausgeschöpft sind, ebenso in Indien, China, Japan und anderen dicht besiedelten Ländern. Es scheint fragwürdig, alleine aufgrund besserer Anbautechnik in den übrigen Gebieten eine weltweite Ertragssteigerung von 54% anzunehmen.

Die Menschen nutzen schon heute 75% der Erdoberfläche, nur kleine naturbelassene Flächen sind noch frei. Ist es wünschenswert, die irdische Biokapazität maximal für den Menschen auszunutzen? Soll praktisch die ganze belebte Natur eingespannt werden in die Nahrungs- und Rohstoffbedürfnisse des Menschen? Wollen wir das globale Artensterben noch verstärken, nur um die Menschheit weiterhin ungebremst wachsen lassen zu können? Das ist zuerst einmal eine ethische Frage.

Aber es ist auch eine Risikofrage. Wir lassen, modellhaft fokussiert auf Erwartungswerte, in trügerischer Sicherheit eine Weltbevölkerung zu, welche an die agronomischen Grenzen des Planeten stösst. Dabei wird ignoriert, dass die Natur starken lokalen aber auch globalen Schwankungen unterliegt. In schlechten Zeiten fehlt dann der ökologische Puffer, in der Folge werden existentielle Verteilungskämpfe viel Elend bewirken. Beispiele für solche Schwankungen gibt es regelmässig: Aufeinanderfolgende trockene oder kühle Jahre aufgrund natürlicher Klimaschwankungen, Vulkanausbrüchen mit hohem Asche und Schwefelausstoss, welche zu regionaler oder globaler Abkühlung führen können, oder die globale Klimaveränderung welche die Landwirtschaftsgürtel polwärts verschiebt und heute noch schwer voraussagbare agrarische Konsequenzen haben wird.

Damit eine biologische Landwirtschaft 9,2 Milliarden Menschen ernähren kann, wird auch vorausgesetzt, dass der Fleischkonsum pro Kopf stark abnimmt, und dass die tägliche Energiezufuhr durchschnittlich um gut 10% abnimmt verglichen mit der

heutigen entwickelten Welt. Diese medizinisch zweifellos gesunde Annahme heisst aber ganz einfach Verzicht. Die heute Reichen müssen stark auf pflanzliche Ernährung umstellen, und die auf Reichtum hoffenden Armen werden ihr Ideal von einer fleischreichen Ernährung nicht umsetzen können.

Zusammenfassung: Die Erde könnte wahrscheinlich über 9 Milliarden Menschen ernähren; der Preis dafür wäre aber hoch: Weitere Abdrängung der Naturräume mit Artensterben, hohes Risiko von Ernährungskrisen, weil das stark humanzentrierte Ökosystem nur noch geringe Puffer hat; dies verbunden mit globalen Diät- und Verteilungsvorschriften, damit die knappen, fleischarmen Nahrungsmittel auch den wenig kaufkräftigen ausreichend zur Verfügung stehen. Als Belohnung für diesen Preis dürfen wir noch weitere 30 bis 40 Jahre das Thema Bevölkerungspolitik verdrängen, um dann unter schliesslich deutlich schlechteren ökologischen Voraussetzungen das Thema doch wieder aufgreifen zu müssen.

---

### **«Ecopop ist gegen eine Welt, in der die Menschen frei und selbstbestimmt leben können.»**

Eine Welt ohne Grenzen und weltweit freie Wahl des Wohnortes würde angesichts der aktuellen Ungleichheiten bei Wohlfahrt und Sicherheit riesige Migrationsströme auslösen, welche sowohl den Migranten wie auch den Sesshaften schaden. Bevor also weltweit, inklusive den ärmsten Ländern in Afrika und Asien, die Migrationsschranken abgebaut werden, müssen die Unterschiede stark verkleinert werden. Dazu gehört eine partnerschaftliche Beziehung in Wirtschafts- und insbesondere Handelsfragen zwischen der Schweiz und den ärmeren Ländern, Ausbildung und Wissenstransfer, Stärkung der lokalen politischen Strukturen, usw. Der Verein Ecopop setzt sich seit seinen Anfängen für eine solche Entwicklungszusammenarbeit ein.

Ein grosses wenn auch nicht das einzige Hindernis für die wirtschaftliche und politische Verbesserung in den ärmsten Ländern ist die hohe Kinderzahl, welche die Gesundheit von Müttern und Kindern beeinträchtigt, deren Schulungs- und später die Arbeitsmöglichkeiten überfordert, und als stark wachsende Bevölkerung zur Zerstörung der lokalen natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt. Wie die UN schreibt, würde eine starke Familienplanung mit entsprechend tieferem Bevölkerungswachstum auch zu einem wirtschaftlichen Bonus führen. Es ist deshalb kein Zufall, dass eine starke Korrelation zwischen Bevölkerungswachstum einerseits, und Armut sowie schlechter Gesundheit andererseits besteht. Ecopop setzt sich deshalb für eine Stärkung der freiwilligen Familienplanung ein, im Wissen, dass damit die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation nachhaltig verbessert werden kann.

***Zusammenfassung:*** *Ecopop setzt sich für eine offene Welt ein, in der Zuwanderung als wertvolle Bereicherung empfunden wird. Damit dies ohne Umweltzerstörung möglich ist, müssen die grossen Unterschiede zwischen armen und reichen Länder*

*abgebaut werden. Dafür braucht es freiwillige Familienplanung in den ärmsten Ländern, weil erst bei moderatem Bevölkerungswachstum eine nachhaltige wirtschaftliche und politische Verbesserung möglich ist.*

*Oder um es mit den Worten Slavoj Zizeks, Philosophieprofessor an der Uni Ljubljana, zu sagen: „[Die] Lösung [kann] nicht darin bestehen [...], die Mauern niederzureissen und sie alle hereinzulassen, wie die billige Forderung weichherziger liberaler Radikaler lautet. Die einzige wahre Lösung ist die, die wahre Mauer einzureissen, nämlich die sozioökonomische: die Gesellschaft selbst zu verändern, so dass die Menschen nicht mehr länger verzweifelt versuchen, ihrer eigenen Welt zu entkommen.“*

---

## Häufig gestellte Fragen zur Initiative

Initiative, allgemein und erster Abschnitt:

### **Ist die Einheit der Materie in der Initiative gewahrt?**

Ja, die Initiative hat ein einziges klares Ziel und wahrt deshalb die Einheit der Materie: eine Verminderung des Bevölkerungswachstums. Entsprechend den unterschiedlichen Ursachen wird dazu in der Schweiz die Nettozuwanderung auf ein massvolles Niveau gesenkt, und in den ärmeren Ländern die freiwillige Familienplanung gestärkt.

### **Weshalb auf die Menschenzahl achten, obwohl es genug für alle hätte, wenn nur gerecht verteilt würde?**

Eine gerechte Verteilung wird von Ecopop unterstützt. Leider belastet die Menschheit die Erde bereits heute mit dem 1,5-fachen der regenerierbaren Kapazität, d.h. es hat schon heute nicht genug. Da wir gerade auch für die Milliarden Ärmsten einen deutlich höheren Wohlstand wollen, wird die Menschenzahl in Zukunft sogar noch viel wichtiger.

### **Weshalb spielt die Menschenzahl eine Rolle? Reicht es nicht, die technische Effizienz zu steigern?**

Leider nein; die bereits bestehende Überlastung ist so hoch, und wird mit steigender Entwicklung und Bevölkerungszahl noch weiter steigen, so dass die Steigerung der technischen Effizienz alleine nicht genügt.

Initiative, zweiter Abschnitt:

### **Wie kann eine solche Zuwanderungsbeschränkung umgesetzt werden?**

Bis zur Einführung der vollen PFZ in 2007 hatte die Schweiz gegenüber allen Ländern eine quantitative Zuwanderungssteuerung praktiziert. Seit 2007 gilt den Schengen-Vertragsstaaten gegenüber zwar nur noch eine reduzierte Steuerung, bei den übrigen über 150 Länder der Erde hingegen wird immer noch eine sehr strikte Zuwanderungssteuerung vollzogen.

Die Ecopop-Initiative hat absichtlich keine konkrete Umsetzung vorgegeben, da der Gesetzgeber im Laufe der Zeit die jeweils passende Ausführung definieren muss. Klassische Einwanderungsstaaten wie Kanada, Neuseeland oder Australien zeigen aber, wie eine intelligente und effiziente Steuerung aussehen könnte.

### **Die Initiative erfordert eine Kündigung der Bilateralen mit Europa. Möchte Ecopop eine Isolation/Abkapselung der Schweiz in Europa?**

Die Umsetzung der Ecopop-Initiative erfordert keine Kündigung der Bilateralen, sondern lediglich eine Anpassung wie es Artikel 18 des Personenfreizügigkeitsdossiers zulässt und wie es Liechtenstein schon hat.

### **Weshalb Zuwanderung aus Europa aus ökologischen Gründen bremsen? - Die globale Belastung ändert ja nicht, wenn Menschen in die Schweiz ziehen.**

Aus drei Gründen: a) Mit der in der Schweiz viel höheren Kaufkraft steigt der Konsum stark an und damit der ökologische Fussabdruck der Zugewanderten. b) Die Verteilung der ökologischen Belastung beeinflusst direkt die lokale Lebensqualität. c) Die Infrastruktur der Zuwanderer muss ein zweites Mal gebaut werden.

### **Wie kann die Schweiz noch genügend Fachkräfte finden, wenn nur noch 16'000 Menschen pro Jahr zuwandern dürfen?**

Aufgrund der hohen Auswanderung von rund 70'000-80'000 Menschen pro Jahr könnten nach Annahme der Initiative rund 85'000 – 95'000 Menschen pro Jahr neu einwandern. Die Anzahl der überdurchschnittlich zur Wertschöpfung beitragenden, sowie der medizinisch oder pflegerisch Arbeitenden an der Neuzuwanderung beträgt rund 22'000 Menschen pro Jahr. Damit könnten nicht nur die benötigten Fachkräfte weiterhin kommen, sondern es bliebe genügend Raum für soziale und humanitäre Anliegen.

### **Was sagen Sie zu folgender Aussage: «Mit einer starren Obergrenze von jährlich 0.2% kann nicht flexibel genug auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse eingegangen werden.»**

Da die Initiative die 0.2% im dreijährigen Durchschnitt fordert, kann in einem Jahr der Saldo durchwegs überschritten, muss jedoch in einem Folgejahr kompensiert werden. Abgesehen davon lässt die hohe Zahl der jährlichen Auswanderungen sehr viel Handlungsspielraum. Auf die wirtschaftlichen Interessen kann daher sehr wohl flexibel reagiert werden.

**Wie können wir die AHV mit so kleiner Zuwanderung noch finanzieren?**

Über die Lebenszeit betrachtet, bezieht ein durchschnittlicher Mensch mehr Sozialleistungen als er einbezahlt. Die Differenz wird über allgemeine Steuermittel finanziert. Dieser Sachverhalt trifft auch auf die Zugewanderten zu, wir lassen uns lediglich kurzfristig blenden und verschieben das Problem auf die Zukunft.

**Stirbt die Schweiz nach Annahme der Initiative aus?**

Nein, nach Annahme der Initiative beträgt das Bevölkerungswachstum über 0,4% pro Jahr (Hintergrund: zum Wanderungssaldo von 0.2% kommt noch ein Geburtenüberschuss von über 0,2% dazu).

**Wie kann die Schweiz ein humanes Asylwesen aufrechterhalten, wenn nur noch 16'000 Menschen in die Schweiz kommen dürfen?**

Das bestehende Asylwesen der Schweiz akzeptiert um die 2000 – 4000 Asylbewerber pro Jahr. Nur diese Nettozahl würde zur Nettozuwanderung zählen.

Initiative, dritter Abschnitt:

**Weshalb wird bei den Armen Familienplanung gefordert, obwohl doch die Reichen die meisten Ressourcen brauchen?**

Dass wir Reiche unseren Fussabdruck reduzieren müssen, ist ein wichtiges Anliegen, welches Ecopop voll unterstützt. Leider kann dies aber eine Stabilisierung des Bevölkerungswachstums in den armen Ländern aus folgenden Gründen nicht ersetzen: a) Seit 1968 ist Familienplanung ein UNO-Menschenrecht, welches ernst genommen werden muss. Die Ärmsten sollen die gleichen Verhütungsmöglichkeiten wie wir in der ersten Welt haben sollen, um in Würde und Selbstbestimmung ihr Familienleben zu gestalten. b) Nur rund ein Siebtel der Weltbevölkerung zählt zur sogenannten reichen, ersten Welt. Der globale ökologische Fussabdruck der Menschheit wird je länger desto stärker durch die zweite und dritte Welt bestimmt.

**Die Wachstumsrate der Weltbevölkerung nimmt sowieso ab, weshalb braucht es noch eine Initiative?**

Tatsächlich beträgt das relative Weltbevölkerungswachstum nur noch rund 1.2% pro Jahr. Das absolute Weltbevölkerungswachstum ist indessen so hoch wie noch nie in der Menschheitsgeschichte, dies einfach weil die Menschheit schon so zahlreich ist. So wuchs die Menschheit von 2000 bis 2011 von 6 auf 7 Milliarden Menschen.

**Was sagen Sie zu folgender Aussage: «Statt Familienplanung vorzuschreiben müssen Frauen gefördert und besser gestellt werden. Dann sinkt die Zahl der Kinder automatisch.»**

Dass Frauenförderung und Besserstellung die Kinderzahl senkt stimmt. Nur verhält sich das komplexe Menschensystem nicht einfach linear sondern vernetzt. So wurde es erst dank Verhütungsmittel in der Schweiz in den 60er-Jahren möglich, dass junge Frauen in grosser Zahl an Hochschulen und in anspruchsvolle Berufsbildungen strömten. Die gleiche positiv verstärkende Synergie kann auch in den ärmsten Ländern erwartet werden. Pointiert gesagt: erst wenn auch Aufklärung und Verhütungsmittel zur Verfügung stehen, können sich Frauen voll bilden und selbstbestimmt leben.

**Was sagen Sie zu folgender Aussage: «Ecopop will in westlich-egoistischer Art die Ressourcen für die reichen Schweizer erhalten und deshalb die Zunahme der Armen bremsen.»**

Nein, Ecopop setzt sich für eine Senkung des schweizerischen Fussabdruckes ein und unterstützt zugleich eine nachhaltige ökologische Entwicklung in den ärmsten Ländern. Aufgrund des sogenannten „demographischen Bonus“ hilft eine Senkung der Kinderzahl eben gerade den ärmsten, das Pro-Kopf-Einkommen zu erhöhen und ist eine zentrale Massnahme für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder.

**Sollen mit den Geldern aus der Entwicklungshilfe Abtreibungen finanziert werden?**

Abtreibungen gehören nicht zum Anliegen der freiwilligen Familienplanung, welcher durch die Initiative unterstützt wird. Vielmehr konzentriert sich diese auf Ausbildung, Aufklärung und die erleichterte Zugänglichkeit von Verhütungsmittel.

**Ist Ecopop neokolonial, d.h. möchte die Menschen in den Entwicklungsländern bevormunden?**

Im Gegenteil möchte Ecopop die Selbstbestimmung der Ärmeren und Ärmsten verbessern. Die jetzige Entwicklungshilfe, welche aus ideologischen Gründen die Förderung von Familienplanung ablehnt, kann hingegen ihrerseits als neokolonial kritisiert werden, da sie die Selbstbestimmung der Ärmsten einschränkt.